Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl. Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 275 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 30 Reichspfennig und Porto. — | Halver Freitag, den 25. November | Erscheint werktäglich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. — — Postscheckkonto: Dortmund 2941. — — | 1932

Hindenburgs Absage an Hitler

Hitlers Vorschlag abgelehnt.

Weil Hindenburg Parteidiktatur befürchtet.

Über die Antwort, die Hindenburg dem Führer der Nationalsozialisten erteilt hat, wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen, und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es

vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können,

dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig

zu einer Parteidiktatur

mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, der Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Der Staatssekretär gibt aber im Auftrag des Reichspräsidenten der Erwartung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen Hitler und Hindenburg eines Tages doch noch zustandekommen werde und betont, daß der Reichspräsident jederzeit Herrn Hitler zu einer Aussprache irgendwelcher Art zur Verfügung stehe.

*

Reichspräsident von Hindenburg begründet also seine Ablehnung, Hitler mit der Führung einer Präsidialregierung zu betrauen, mit denselben Gründen, mit denen er bereits am 13. August es abgelehnt hat, Hitler das Kanzleramt zu übertragen. Auch damals wurde betont, daß der Reichspräsident es nicht vor seinem Gewissen und vor dem Gewissen des deutschen Volkes vertreten könne, dem Führer einer Partei, die immer ihre Ausschließlichkeit betont, die höchste Führung im Reiche zu geben.

*

Wie es kam.

Am Ende der fünftägigen Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten bzw. dem Staatssekretär Dr. Meißner einerseits und dem Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei andererseits steht eine Erklärung Hindenburgs, die mit großer Deutlichkeit einen Strich unter diese Verhandlungen zieht. In seiner endgültigen Antwort hatte Hitler den Auftrag abgelehnt, festzustellen, ob er eine Regierung auf parlamentarischer Mehrheitsbasis bilden könne; er hatte erklärt, daß dies in Verbindung mit den Vorbehalten des Reichspräsidenten unmöglich und überdies auch nicht wünschenswert sei. Demgegenüber machte er den Vorschlag, ein Kabinett zu bilden, das als alleinige verfassungsmäßige Grundlage das Vertrauen des Reichspräsidenten hätte, das er selbst aber führen wolle und für das er sich und seine Partei zur Verfügung stellen wolle. Bereits im Laufe der Verhandlungen, die von Hitler offenbar in ihrem späteren Teil bereits auf den später von ihm gemachten Vorschlag eingestellt waren, ist ihm auf eine Rückfrage hin vom Staatssekretär Dr. Meißner geantwortet worden, daß der Reichspräsident notwendigenfalls wohl auf die Bildung eines Präsidialkabinetts zurückgreifen, aber an dessen Spitze niemals den Führer einer Partei stellen werde. Trotzdem hat Hitler in dieser persönlichen Hinsicht an seinem Vorschlag festgehalten und ihn dem Reichspräsidenten unterbreiten lassen. Die Antwort darauf hat ebenfalls fast einen Tag lang auf sich warten lassen, sie zeigt in ihrer ganzen Fassung, daß die letzten Möglichkeiten einer Kanzlerschaft Hitlers jetzt erschöpft sind.

*

Hitler hat Schleicher und Schacht abgelehnt.

Wie von zuverlässiger Seite verlautet, hat der letzte Brief Hitlers an den Staatssekretär Meißner wohl die Möglichkeit offengelassen, die Verhandlungen noch weiter fortzusetzen. Jedoch hat Mittwochabend noch eine Unterredung Adolf Hitlers mit Reichswehrminister Schleicher stattgefunden, bei der Hitler seine Forderung auf unbedingte Führung eines jeden Präsidialkabinets in ausgesprochener Form und eindeutig vertreten hat und jedes Kompromiß ablehnte. Unter anderem hat er es abgelehnt, ein etwaiges Kabinett Schleicher oder ein etwaiges Kabinett Schacht irgendwie zu unterstützen. Unter diesen Umständen hielt man es im Büro des Reichspräsidenten offenbar nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen noch weiter fortzuführen, und gab deshalb eine abschließende Antwort.

*

Kaas bei Hindenburg.

Der Reichspräsident empfing am Donnerstagnachmittag um 17,30 Uhr den Führer der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, zu einer Besprechung über die politische Lage.

*

Neues Kabinett von Papen?

Der Reichspräsident hat dem Führer der Zentrumspartei, Dr. Kaas, die Frage vorgelegt, ob er glaube, daß noch irgendeine andere Lösung möglich sei als die Bildung einer Präsidialregierung. Prälat Kaas hat bekanntlich auf dem Standpunkt gestanden, daß eine Mehrheit im Reichstag gebildet werden könnte. Er dürfte heute, nach den vorliegenden Ergebnissen mit den Nationalsozialisten, nicht mehr dieser Meinung sein, und wird voraussichtlich dem Reichspräsidenten erklären, daß eine andere Lösung als die Bildung eines Präsidialkabinetts nicht mehr möglich sei.

Unter diesen Umständen dürfte im Laufe des Freitags der Reichspräsident erneut den Reichskanzler von Papen mit der Neubildung des Reichskabinetts beauftragen. Das neue Kabinett von Papen dürfte indessen stärkere personelle Veränderungen aufweisen, als bisher angenommen wurde.

*

Hindenburgs Absagebrief.

In dem abschließenden Brief des Staatssekretärs Meißner an Hitler heißt es u. a.:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben. Zu der von Ihnen für diese Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Mehrheitsbildung im Reichstag möglich war.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines „Präsidialkabinetts" zu übernehmen. Er glaubt aber, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestellt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

3. Nachdem Sie zum lebhaften Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm als auch in Ihrer gestrigen, mit seinem Wissen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichswehrminister General von Schleicher jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neu zu bildenden Regierung — gleichgültig, unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge — mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebene Erklärung, daß seine Tür jederzeit für Sie offenstehe, und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.

*

Hitlers Ablehnungsschreiben.

In seinem letzten Schreiben, das Hitler am Mittwochabend dem Reichspräsidenten überreichen ließ, heißt es:

Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlags durch den Reichspräsidenten enthält, habe ich zur Kenntnis genommen und muß abschließend noch ein paar Feststellungen treffen:

1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten, sondern diesen nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesen Begriffen in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war wie im August dieses Jahres so auch jetzt bereit, mit allen den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen mußten erfolglos bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten. Es ist daher auch nicht möglich, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur irgendmögliche getan habe. Ich lehne es wieder ab, in diesem Präsidialkabinett eine aufbaufähige Kraft zu sehen, und ich habe auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit des Kabinetts Papen bisher recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß; ich war vor allem nicht bereit und werde

auch in Zukunft nie bereit

sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen, als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weitergehenden Verelendung entgegengeführt werden.

*

In einer Pressekonferenz betonte Göring, daß die NSDAP. nunmehr jedem Kabinett, welches es auch sei, den schärfsten Kampf ansage und es ebenso zu Fall bringen werde, wie das Kabinett von Papen erledigt worden sei. Adolf Hitler könne warten bis zu dem Zeitpunkt, zu dem er ohnehin gerufen werden müsse.

*

Die Parteiführer bei Hindenburg.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident empfing am Donnerstagnachmittag den Führer des Zentrums, Prälaten Kaas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstage. Die Besprechung wird am Freitagnachmittag fortgesetzt.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, sind auch die anderen Parteiführer noch zu dieser Frage gehört worden. Bei dieser Besprechung wurde der Reichspräsident durch Staatssekretär Meißner vertreten. Es waren Hugenberg für die Deutschnationalen, Staatsrat Schäffer für die Bayerische Volkspartei und Dingeldey für die Deutsche Volkspartei zu dieser Besprechung gebeten worden.

*

Gegen die Vorwürfe der NSDAP.

Zu dem Briefwechsel zwischen Hindenburg und der Führung der Nationalsozialistischen Partei wird von zuständiger Stelle noch folgendes bekanntgegeben:

Hitler hat in der ersten Besprechung mit dem Reichspräsidenten die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht zurückgewiesen, vielmehr hat er erklärt, daß er in der Lage wäre, eine solche Regierung zusammenzubekommen. Daraufhin hat der Reichspräsident es für unausweislich und für seine Pflicht gehalten, Herrn Hitler diese Möglichkeit zu geben und ihm daraufhin den bekannten Auftrag gegeben.

Von nationalsozialistischer Seite wird nun behauptet, daß dieser Auftrag

nicht ehrlich gemeint gewesen sei,

sondern durch die verschiedenen Bedingungen, die an den Auftrag geknüpft waren, ihn undurchführbar zu machen, um das Kabinett Papen wieder zu neuem Leben erstehen zu lassen. Diese Auffassung muß zurückgewiesen werden.

Von den Voraussetzungen,

die der Reichspräsident an seinen Auftrag geknüpft hatte, ist die wichtigste die Beseitigung des Dualismus von Reich und Preußen. Diese Frage ist auch mit den Parteiführern besprochen worden und von keiner Seite ist gegen diese Hauptbedingung ein Einwand gemacht worden. Auch die Länder, vor allem Bayern, haben sich mit der Beseitigung dieses Dualismus einverstanden erklärt, wenn die Länder vor der endgültigen Entscheidung gehört werden.

Es wäre also nach Ansicht der zuständigen Reichsstellen durchaus logisch gewesen, wenn Hitler versucht hätte, eine Mehrheitsregierung zu bilden, und vorher

die Ansicht der anderen Parteiführer gehört hätte.

Wäre er dann zum Reichspräsidenten gekommen und hätte betont, er könnte zwar eine Mehrheit bilden, diese Mehrheit halte aber die eine oder die andere Bedingung mit Ausnahme der Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen für undurchführbar, so hätte eventuell darüber gesprochen werden können. Daß Hitler aber von vornherein aus der Stellung der Bedingungen des Reichspräsidenten einen Widerspruch konstruiert, beweist,

daß Hitler den ihm vom Reichspräsidenten vorgeschlagenen Weg gar nicht gehen könne.

Alle Voraussetzungen, die der Reichspräsident an Hitler gestellt hat, sind in der Verfassung begründet, so vor allem die Ernennung der Reichsminister. Es ist selbstverständlich, daß der Reichspräsident dem Reichskanzler gegenüber seine Ansicht über die ihm zum Vorschlag gebrachten Minister kundgibt.

Der Vorschlag Hitlers an den Reichspräsidenten läßt sich dahin zusammenfassen, daß er mit niemand außer mit dem Reichspräsidenten selbst verhandeln wollte.

Hitler wollte dem Reichspräsidenten in großen Zügen eine Gesamtaktionsprogramm vorlegen. Hätte der Reichspräsident dieses Aktionsprogramm angenommen, sollte er Hitler zum Reichskanzler ernennen und ihn mit allen Vollmachten betrauen. Dann erst wollte Hitler an die Parteien herantreten und versuchen, eine Mehrheit zu schaffen.

Die Erteilung dieser Vollmachten könne der Reichspräsident allerdings nur einem Manne geben, der sein unbedingtes Vertrauen habe und von dem er wisse, daß er diese Vollmachten nicht mißbrauchen würde. Beim Kabinett Brüning, auf das sich Hitler in seinem Antwortbrief bezieht, war es so, daß Brüning, der übrigens nie Parteiführer war, zuerst eine parlamentarische Regierung gebildet hat. Erst, nachdem sich das Parlament als arbeitsunfähig herausgestellt hatte, und Brüning das Vertrauen des Reichspräsidenten gewonnen hatte, hat sich der Reichspräsident entschlossen, Brüning an die Spitze eines Präsidialkabinetts zu belassen. Was den Hinweis Hitlers betrifft, daß er seine Bewegung nur dem Volke zur Verfügung stellen wolle, so habe kein Mensch etwas anderes von ihm verlangt.

Am Mittwochabend hat im Einverständnis mit Hindenburg eine Besprechung zwischen Hitler und Schleicher stattgefunden, um die Hitler gebeten hatte. In dieser Besprechung hat Hitler erklärt, daß er nie einen anderen Weg gehen werde wie den, den er vorgeschlagen habe. Er könne nur mit einer Regierung einverstanden sein, wenn er die Führung dieser Regierung habe.

Er werde auch kein Kabinett unterstützen oder tolerieren oder irgendjemand seiner Partei als Vertrauensmann in ein anderes Kabinett hineinschicken. Er forderte nochmals auch Schleicher gegenüber die schrankenlose Betrauung mit dem Amt als Reichskanzler.

Weiter wird bekannt, daß ihm die vom Reichspräsidenten gestellten Bedingungen persönlich einleuchten, daß er aber alle diese Dinge erst mit seinen Parteifreunden besprechen müsse.

*

Was die Nationalsozialisten sagen.

Reichstagspräsident Göring über die letzten Ereignisse.

Reichstagspräsident Göring empfing am Donerstagabend im Auftrage des Führers der NSDAP. Adolf Hitler die Vertreter der Presse, um ihnen eine Darstellung über die Ereignisse der letzten Tage zu geben. Nachdem am 13. August, so erklärte Göring, die aussichtsvollere Möglichkeit, Hitler mit der Regierungsbildung zu betrauen, nicht verwirklicht worden war, mußte es um so mehr in Erstaunen setzen, daß nun diesmal die parlamentarische Kabinettsbildung versucht werden sollte.

Die Verhandlungen der letzten Tage legen uns die Frage vor, inwieweit die Absicht, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, allen Ernstes bestanden hat, und ob man nicht lediglich beweisen wollte, daß dieser Weg nicht gangbar sei, um dadurch einen Notstand festzustellen und die Möglichkeit zu haben, ein geschäftsführendes bzw. Präsidialkabinett an der Regierung zu belassen. Dieser Gedanke kann um so eher auftauchen, als der Auftrag, der zur parlamentarischen Mehrheitsbildung gegeben wurde, nach unserer Auffassung einen inneren Widerspruch hatte. Hitler sollte dieses Mehrheitskabinett bilden und war

mit präsidialen Bindungen

versehen, die eine solche Mehrheitsbildung von vornherein ausschließen mußten. Wenn gesagt wird, daß die Besprechungen mit den Parteiführern beim Reichspräsidenten ergeben hätten, daß diese Vorbehalte von sämtlichen Parteien anerkannt würden und keine Schwierigkeit darstellten, so ist das doch nicht ganz richtig. Allein schon die Frage der

Beseitigung des Dualismus Preußen—Reich

konnte, mit dieser Bindung versehen, zu keiner Einigung führen. Mag sein, daß die Parteien nicht mehr zum absoluten Dualismus zurückkehren wollten, aber es kam darauf an, wie weit man diesen Dualismus auffaßte. Wenn z. B. beim Reichspräsidenten diese Beseitigung in der Vorstellung bestand, daß Kanzler und preußischer Ministerpräsident eine Person zu sein und eine Verschmelzung von beiden Ministerien stattzufinden hätte, so konnte man feststellen, daß beim Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei eine vollständig andere Auffassung in der Frage der Beseitigung des Dualismus vorherrschte. Außerdem findet die Forderung, daß der Reichspräsident Einfluß auf die

Besetzung des Wehr- und des Außenministeriums

behalten müsse, in der Reichsverfassung keine Stütze. Selbstverständlich muß der Kanzler, wenn er überhaupt die Verantwortung tragen will, stärksten Einfluß auf die Außenpolitik ausüben können. Im übrigen behält sich ja der Reichspräsident die Bestätigung der Minister sowieso vor. Wenn ein solcher Auftrag gegeben wird, muß er ganz

frei von jeder Bindung

gegeben werden. Der Reichspräsident hätte immer noch die Möglichkeit gehabt, bei der Bestätigung der endgültigen Ministerliste seine Bedenken vorzubringen. Wurde also hierbei freie Hand nicht gegeben, so war schon daraus zu erkennen, daß die Mehrheitsbildung erschwert werden sollte. Wenn Staatssekretär Meißner der Auffassung ist,

Hitler habe ja selbst die Mehrheitsbildung vorgeschlagen,

so irrt er hier insofern, als Hitler nicht gesagt hat, er wolle das Kabinett auf dieser Basis zustandebringen. Hitler hat vielmehr erklärt, wenn er mit der Kanzlerschaft mit präsidialen Möglichkeiten beauftragt würde, so würde er als unterhandelnder Kanzler, mit Vollmachten ausgestattet, imstande sein, leichter eine Mehrheitsbildung zu vollziehen. Denn im Gegensatz zum Kabinett Papen steht Hitler auf dem Standpunkt, daß auf die Dauer

nicht gegen eine Volksvertretung regiert werden kann,

und es gehört nach Auffassung Hitlers zu den Aufgaben des Staatsmannes, sich eine Mehrheit in der Volksvertretung zu suchen. Hitler konnte also auf diese Bedingungen nicht eingehen, das war ganz ausgeschlossen. Er hat aus diesem Grunde in dem Briefwechsel dann die notwendigen Vorschläge gemacht.

Hitlers Gegenvorschlag

ist so ausgelegt worden, als habe Hitler ein Präsidialkabinett mit seiner Führung gefordert. Das stimmt nicht. Hitler hat einen Vorschlag zur Behebung der Krise gemacht, wobei er sich um die Definition eines Präsidialkabinetts nicht gekümmert hat. Er hat lediglich die Form vorgeschlagen, in der er die Krise lösen könne, wenn der Reichspräsident ihn mit der Kanzlerschaft beauftrage und ihn mit Vollmachten versehe, als Kanzler mit den Parteien zu verhandeln. Wir stellen hier fest: zum erstenmal sind dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung

die Vollmachten versagt worden,

die bisher von jedem Reichspräsidenten dem jeweiligen Kanzler oder Kanzlerkandidaten zugesagt worden waren. Der Reichspräsident ließ sogar durchblicken, daß das persönliche Vertrauensverhältnis nicht vorhanden sei, und darüber hinaus hat er Hitler auch noch Bindungen auferlegt. Man kann also nicht davon sprechen,

Hitler sei eine Chance gegeben worden.

Diese angebliche Chance war so gegeben, daß sie eben keine Chance war, sondern eher ein Knüppel, der zwischen die Beine geworfen wurde. Wir neigen deshalb zu der Ansicht, daß das Ganze doch nur zu dem Zweck exerziert worden ist, zu beweisen, daß das Kabinett Papen oder ein ähnlich geartetes Kabinett wiederkommen müsse. Die Kreise, die hinter dieser Aktion gestanden haben, brauche ich nicht mehr zu nennen.

Göring erinnerte abschließend an das Wort des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht, daß es doch notwendig sein werde, Hitler zu berufen, wenn nicht heute, dann in einigen Monaten, und gab der Überzeugung Ausdruck, daß allein die nationalsozialistische Bewegung in der Lage sein werde, die Rettungsarbeit am deutschen Volk zu vollziehen. Jedes andere Kabinett wird von uns ebenso bekämpft **werden wie das Kabinett von Papen, und wir werden es ebenso zur Strecke bringen!**

*

Besprechung Hitler—Hugenberg.

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Nach vielen Monaten hat neben Besprechungen mit Führern anderer Parteien am Donnerstag auch wieder eine Besprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, stattgefunden.

Hitler und Schäffer.

Wie die Telunion erfährt, hat am Donnerstagnachmittag auch eine persönliche Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, stattgefunden.

Kaas will eine nationale Konzentration versuchen.

Wie die Telunion erfährt, steht man in Zentrumskreisen auf dem Standpunkt, daß, nachdem Hitler Verhandlungen über die Bildung einer nationalen Konzentration überhaupt nicht geführt habe, der Versuch zu einer Sammlung der aufbaufähigen Kräfte im Volke unter allen Umständen gemacht werden müsse. Demzufolge werde auch Prälat Kaas diese Aufgabe übernehmen. Es sei jedenfalls ausgeschlossen, daß der bisherige Regierungskurs noch weiter fortgeführt werden könne, da sich das bisherige Kabinett zu einem ausgesprochenen Kampfkabinett herausgebildet habe, das keinerlei Autorität im Volke besitze und demzufolge auch weder im Inlande, noch im Auslande Vertrauen habe. Prälat Kaas wird nunmehr die Fühlung mit anderen Parteien aufnehmen und morgen, Freitag, dem Reichspräsidenten Bericht erstatten.

Kurze politische Nachrichten.

Die von der Reichsregierung durch Übernahme von Garantien für Bankkredite eingeleitete Stützungsaktion für die Trampschiffahrt und die kleineren Linienreedereien ist durchgeführt und zum Abschluß gelangt. Von den eingegangenen Anmeldungen haben mehr als die Hälfte Berücksichtigung gefunden. Eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Aktion ist nicht beabsichtigt.

*

Nach einer Schätzung dürften die beiden letzten Reichstagswahlen insgesamt Kosten in Höhe von acht Millionen Mark verursacht haben.

*

In der letzten Gesamtsitzung der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen war es bei der Aussprache über die Wahl eines vierten Vizepräsidenten zu Streitigkeiten gekommen. Auf Grund dieser Vorkommnisse haben die Kammermitglieder Schumann (Wurzen) und Neithart (Toßfell) ihren Übertritt zur NSDAP. erklärt.

*

Für die Bewilligung von Reichsbaudarlehen für Eigenheime sind in Preußen die entsprechenden Anträge an die für den Ort des Bauvorhabens zuständigen Landräte oder Gemeindevorstände (Bürgermeister und Oberbürgermeister) zu richten, denen bisher die selbständige Verwaltung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel oblag.

*

Der Lytton-Ausschuß stellt fest, daß eine Ergänzung oder Erläuterung des Lytton-Berichts auf der Grundlage der großen Aussprache im Völkerbundrat und der Erklärungen der Vertreter Chinas und Japans nicht notwendig sei.

Stocken die Gleichberechtigungsverhandlungen?

Verschärfung der Gegensätze.

Die diplomatischen Verhandlungen über die Gleichberechtigungsfrage in Genf sind vorläufig ins Stocken geraten. Es besteht allgemein der Eindruck, daß sich die Gegensätze zwischen der deutschen und der französischen Auffassung weiter verschärft haben und eine Überbrückung zunächst auf große Schwierigkeiten stößt. Die Aussichten für einen Zusammentritt der fünf Großmächte zur Behandlung der Gleichberechtigungsfrage gelten allgemein als gemindert.

Nach deutscher Ansicht könne eine Teilnahme an einer Fünfmächtebesprechung nur dann erfolgen, wenn die französische Regierung den gleichen Standpunkt einnimmt wie die Regierungen der Vereinigten Staaten, England und Italien und die Ersetzung des Teiles V des Versailler Vertrages durch das künftige Abrüstungsabkommen somit die grundsätzliche deutsche Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage anerkannt wird.

Auf französischer Seite betont man, daß im Falle einer vorhergehenden Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung unübersehbare Folgen eintreten könnten. Im Falle eines Scheiterns der Fünfmächtebesprechungen würde dann Deutschland die Gleichberechtigung erreicht haben, ohne zu irgendwelchen Gegenleistungen verpflichtet zu sein und ohne daß Garantien für die Sicherheit geschaffen werden. Auf amerikanischer und englischer Seite werden die Vermittlungsversuche weiter fortgesetzt.

Die Abreise des deutschen Reichsaußenministers ist nach wie vor auf Sonnabend festgesetzt, so daß jetzt mit wesentlichen Entscheidungen kaum mehr gerechnet wird.

Bau-, Zweck- und Werksparkassen.

Gesetzliche Regelung von Spareinrichtungen.

In letzter Zeit haben zwischen den zuständigen Ressorts Besprechungen in der Frage einer gesetzlichen Regelung bestimmter Gattungen von Spareinrichtungen stattgefunden. Es ist anzunehmen, daß als Ergebnis dieser Besprechungen diese Frage auf dem Verordnungswege geregelt wird. Die Verordnung soll vor allem den Zweck haben, die bedenklichen Erscheinungen, die im Zweckssparwesen seit geraumer Zeit sichtbar geworden sind, zu beseitigen. Die behördliche Reglementierung und Beaufsichtigung der Bausparkassen hatte zur Folge, daß zahlreiche Bausparkassen, um der Kontrolle zu entgehen, sich auf das Zwecksparen verlegten. Vermutlich wird die Verordnung auch Bestimmungen über die Werksparkassen enthalten, die an sich natürlich mit den Zweckssparkassen nicht verwandt sind.

Kindersprechchöre werben für Streik.

Streik arbeitspflichtiger Wohlfahrtserwerbsloser.

In Holzminden haben die Wohlfahrtserwerbslosen, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zur Verrichtung von Pflichtarbeiten herangezogen werden sollten, die Ausführung der Arbeit verweigert und sind in den Streik getreten, dem sich eine Anzahl Erwerbsloser aus dem Kreise angeschlossen haben. Sie verlangten höhere Fürsorgesätze, die jedoch vom Kreisdirektor abgelehnt wurden. Kindersprechchöre warben für den Streik. Bei den Streikenden soll es sich in der Hauptsache um Kommunisten handeln.

Der Blumenstrauß des Kapitäns.

Kameradschaftsgeist auf deutschen Schiffen.

Das deutsche Fischereischutzboot „Weser" liegt zur Zeit im Londoner Hafen. Die aus neun Offizieren und 45 Mann bestehende Besatzung besuchte in voller Uniform verschiedene Sehenswürdigkeiten Londons. In der englischen Presse wird eine nähere Beschreibung der „Weser" gegeben, die von den meisten Zeitungen als „Kreuzer" bezeichnet wird. Besondere Bewunderung erregte das moderne Steuerrad. Rühmend erwähnt wird, daß ein in der Kajüte liegender kranker Matrose einen Blumenstrauß vom Kapitän erhalten habe. Diese Handlung sei typisch für den Geist auf diesem deutschen Schiff.

Deutschnationaler Landtagspräsident.

In Sachsen.

Der sächsische Landtag trat am Donnerstag wieder zusammen und wählte den Präsidenten für den neuen Tagungsabschnitt. In Stichwahl zwischen dem bisherigen Präsidenten Weckel (Soz.) und dem Kandidaten der Deutschnationalen wurde der Deutschnationale Dr. Eckardt zum Präsidenten gewählt.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 25. November 1932.

Helfen und Schenken.

Nur noch vier Wochen trennen uns von Weihnachten, und die Frage: „Was schenke ich?" wird wieder zeitgemäß. Wichtiger aber und noch „zeitgemäßer" — wenn man so sagen kann —, ist die Frage: „Wie helfe ich?" Es ist eine Frage, die eigentlich an keine Zeit gebunden ist und die im Sommer genau so gilt wie im Winter, nur daß sie im Winter mit seinen Härten und Nöten dringender ist als zu anderen Zeiten des Jahres. „Winterhilfe" — das Wort ist uns gar sehr geläufig geworden in den letzten Jahren! Und nun, da es Winter und Weihnachten zugleich wird, könnte man, so dürfte mancher wohl meinen, das Helfen und das Schenken auch gleich in einem abtun, weil doch Helfen und Schenken so ungefähr dasselbe seien. Und das eben ist falsch, ist sogar grundfalsch, denn Helfen und Schenken sind durchaus nicht das gleiche.

Helfen müssen wir allen denen, welche hilfsbedürftig sind, und das sind jetzt leider sehr viele. Und helfen sollen wir mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen — helfen natürlich nur insoweit, als wir noch etwas von dem, was wir besitzen, entbehren können. Wenn es uns nur einigermaßen erträglich geht, werden wir unter dem, was wir haben, immer noch etwas finden, das wir einem, der wenig oder gar nichts hat, darbieten können, um ihm über bittere Notlage hinwegzuhelfen. Und wir brauchen nicht erst auf Weihnachten zu warten, um in solcher Weise zu helfen. Vieler Gedankengang mag ja sein: „Ich werde dem und dem um Weihnachten herum helfen, dann macht das mehr her, und es sieht so aus, als ob ich ein richtiges Weihnachtsgeschenk gäbe!" Wer schon „als ob" sagt, hat nicht den guten Willen, zu geben, und gibt nur, um vor sich selbst und vor anderen ein bißchen prahlen zu können. Das kann aber der Sinn einer richtigen Hilfe nicht sein. Hilfe ist für den, der helfen kann, Pflicht, und Pflichterfüllung ist eine Sache für jeden Tag des Jahres und nicht nur für den Weihnachtstag.

Schenken aber ist eine echte, rechte Weihnachtssache, wobei natürlich dem Schenken bei anderen besonderen Gelegenheiten und an irgendwelchen anderen Tagen des Jahres keine Schranken gesetzt sind. Aber bleiben wir mal beim Weihnachtsschenken, weil das von alters her eine weitverbreitete und sehr erfreuliche Übung ist. Und da muß denn von vornherein gesagt werden, daß das Schenken nie und nimmer die Form eines mitleidigen Helfens annehmen darf. Für viele ist Schenken leider eine rein selbstische Angelegenheit: sie fühlen sich wer weiß wie edel und gut, wenn sie jemand eine Gabe unter den Weihnachtsbaum legen. Und dann kann es vorkommen, daß der Beschenkte, der ein feines Verstehen für Unterschiede hat, sich weniger geehrt als bedrückt fühlt.

Die Hitlerbewegung und der Faschismus.

Die Legalitätsfrage in Deutschland und Italien.

Arturo Farinacci, der erste faschistische Parteisekretär, hatte mit Alfred Rosenberg, dem Chefredakteur des Völkischen Beobachters, in Rom eine Unterredung, die in Farinaccis Blatt wiedergegeben wird. Farinacci erklärte Rosenberg gegenüber, daß man unter den revolutionären italienischen Faschisten für das Zögern der Hitlerbewegung und ihre Weigerung, selbst in dem Augenblick, als auch parlamentarisch eine Mehrheit für sie vorhanden gewesen sei, resolut zuzugreifen, absolut kein Verständnis aufbringen könne. Hitler habe offenbar eine historische Stunde ungenützt gelassen. Diese Krise der legalen und antirevolutionären Unentschlossenheit unterscheide seiner Ansicht nach den Faschismus von der Hitlerbewegung. Demgegenüber wies Rosenberg darauf hin, daß ein brüskes Vorgehen der Hitlerbewegung nicht nur in Deutschland höchst gefährliche Erschütterungen schaffen würde. Hitler sei zu klug, sein Vaterland in Abenteuer zu stürzen, die militärische Komplikationen hervorrufen und angesichts der deutschen Entwaffnung einen fatalen Ausgang haben könnten. Die deutsche Innenpolitik sei immer noch von der Außenpolitik gebremst und kontrolliert. Wenn Deutschland ein so freies und starkes Land wie Italien sei, dann würden viele Skrupel der Legalität beiseite gelassen. Außerdem beständen ganz besondere Beziehungen zwischen der Hitlerbewegung und der Regierung Hindenburg. Es handele sich im Grunde nicht um zwei entgegengesetzte und feindliche Richtungen. Wie die Nationalsozialisten sei auch Hindenburg von heißer Liebe zum Vaterland und von dem ernstlichen Willen beseelt, die deutsche Nation in ihrer Größe wieder aufzurichten. Deutschland aber sei auch kein guter Boden für revolutionäre Bewegungen. Die Hitlerbewegung wolle darum ein langsames, aber sicheres Ansteigen, nicht durch Staatsstreich, sondern durch organische Konstruktionen auf dem Wege der Erziehung und Überzeugung. Auf die Frage Farinaccis, wie zwischen Hitler und Hindenburg eine Zusammenarbeit sich realisieren lasse, wies Rosenberg auf das analoge italienische Beispiel hin, wo man ja auch den König und den Duce habe. Die nationalsozialistischen Parteiorganisationen könnten, wie in gewisser Weise auch die italienische Miliz, der nationalen Sicherheit dienstbar gemacht werden.

Auf die Frage, wie er sich ein Zusammengehen des deutschen Nationalismus mit dem anderer Nationen denke, wies Rosenberg auf die hegemonistischen Tendenzen Frankreichs hin, denen gegenüber sich eine einheitliche Front der Länder, die ihre Freiheit verteidigen, bilden würde. Darüber hinaus aber sei eine weitgehende Zusammenarbeit, vor allem auf sozialem Gebiete, möglich. Hier gebe es Fragen, die, wie z. B. die Arbeitslosigkeit, nicht mehr durch eine einzelne Nation gelöst werden könnten. Auf eine weitere Frage Farinaccis, die sich auf das Ausdehnungsbedürfnis beider Völker bezog und eine Anspielung auf Südtirol enthielt, antwortete Rosenberg: Was Südtirol angehe, so habe er den Erklärungen Hitlers nichts hinzuzufügen, der das Mißfallen gewisser irredentistischer österreichischer Kreise auf sich gezogen habe, indem er versicherte, daß das Problem der deutschen Minderheiten in Italien keine unübersteigbare Präjudizialfrage im Hinblick auf das Problem einer politisch-wirtschaftlichen Annäherung zwischen der italienischen und deutschen Rasse sei. Im übrigen würden die Hauptlinien der deutschen Ausdehnung im Nordosten, der italienischen Expansion aber wohl im Südosten liegen.

Auf die Anschlußfrage übergehend, bemerkte Rosenberg, daß ihm die in dieser Frage zutagegetretene ablehnende Haltung Italiens nicht verständlich sei. Italien würde nichts verlieren, aber gewinnen, zumal man doch auf diese Weise den Einfluß Frankreichs im Südosten Europas etwas ausschalten könne. Der Anschluß Österreichs an Deutschland würde grundsätzlich beim Nationalsozialismus kein Hindernis finden. Rosenberg schloß mit einem Hinweis darauf, daß das Ziel des Nationalsozialismus allein die Befreiung des Volkes von den Illusionen des Marxismus sei.

Der Bittgang nach Washington.

„Bekanntlich" kommen in der Geschichte der Völker alles Unheil und jede Dummheit hauptsächlich daher, daß man „aus der Geschichte nichts lerne". Allerdings sei demgegenüber an des alten Goethe ketzerische Weisheit erinnert: „Eigentlich kann niemand aus der Geschichte etwas lernen, denn sie enthält ja nur eine Masse von Torheiten und Schlechtigkeiten." Aber wer die Geschichte die Rolle des Schulmeisters spielen lassen will, mag mit mahnend erhobenem Finger das geflügelte Wort von sich geben: „Denn alle Schuld rächt sich auf Erden!" Was sich bisweilen auch auf die — Schulden beziehen kann, die zur Zeit für die ehemaligen alliierten und assoziierten Mächte Europas deswegen einen besonderen Alpdruck bedeuten, weil sie am 15. Dezember ihre Kriegsschuldenrate — einen Teil der geschuldeten Kapitalssumme und Zinsen — zu bezahlen haben. Auf die Gesuche, diesen Termin genau so wie die früheren vom 15. Dezember 1931 und 15. Juni 1932 hinauszuschieben und des weiteren überhaupt in Verhandlungen über die ganze Schuldenfrage einzutreten, hat Hoover nach einer Besprechung mit seinem Amtsnachfolger Roosevelt zwar verbindlich, aber unzweideutig mit einer Ablehnung geantwortet. Höchstens, daß man nach prompter Zahlung am 15. Dezember mit jedem einzelnen Schuldnerstaat sprechen würde, und dann käme es auf dessen Zahlungsfähigkeit an und auf die Bereitwilligkeit, den wirtschafts- und sonstigen politischen Wünschen Amerikas — Mandschurei- und Abrüstungsfrage — Entgegenkommen zu beweisen.

Darob kann man deutscherseits einige Schadenfreude empfinden, nämlich im Hinblick auf die Junibeschlüsse von Lausanne. Wie ständen unsere Gegner von früher und damals heute Amerika gegenüber da, wenn sie sich auf der letzten Konferenz in Lausanne entschlossen hätten, durch die gesamten „Reparationsforderungen" an Deutschland einen dicken Strich zu machen! Das wäre eine „große Geste" gewesen, mit der man vor Amerika hätte hintreten und nun sagen können: Tuet desgleichen! Statt dessen soll Deutschland, wenn seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wieder gewachsen ist, drei Milliarden Mark bezahlen. Und dann hatte man — Herriot war noch besonders stolz darauf — ein „Geheim"-Abkommen abgeschlossen, das sehr schnell bekannt wurde und die Ratifizierung der Lausamer Vereinbarungen abhängig machen sollte von einer „befriedigenden" Regelung der alliierten Kriegsschulden an Amerika. Das hat „drüben" noch extra stark verschnupft, weil man — auch Roosevelt tat es wieder — es dort unbedingt ablehnt, ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Bezahlung jener Schulden und der deutschen „Reparationen" anzuerkennen. Und obwohl vor kurzem Herriot diesen „Erfolg" von Lausanne wieder hervorkramte, ist von einer europäischen „Einheitsfront" in der Schuldenfrage nichts zu spüren gewesen, sondern, wie gesagt, jeder Staat trat gesondert den Bittgang nach Washington an. Nur Italien nicht. Das will zahlen — was auch kein großes Kunststück ist, weil diesem Staat gegenüber von Amerika auf 80 Prozent der aufgelaufenen Kriegsschulden verzichtet wurde! Aber Polen zum Beispiel ersucht auch um Stundung. Und die Tschechoslowakei. Vielleicht kriegen sie in Washington zu hören: „Rüstet doch nicht wie irrsinnig, verbraucht nicht ein Drittel eurer Staatseinnahmen für militärische Zwecke, sondern bezahlt lieber eure Schulden, ihr ‚Kriegsgewinnler'-Staaten!"

Am meisten Kopfzerbrechen macht der 15. Dezember den Engländern; es ist für den Führer der Konservativen, Baldwin, der jetzt auch führendes Kabinettsmitglied ist, nicht gerade eine politische Empfehlung, daß er einst das Schuldentilgungsabkommen mit Harding, dem damaligen amerikanischen Staatspräsidenten, abgeschlossen hat. Es ist das ungünstigste von allen, und England soll 150 Mill. Mark Zinsen zahlen — trotz seiner gesunkenen Währung! In guten Dollars natürlich. Und je geringer die Stundungsaussichten wurden, desto mehr wackelte, zitterte und sank das englische Pfund Sterling. Allerdings will man in Newyork den Engländern dadurch entgegenkommen, daß ihnen zwecks prompter Zahlung am 15. Dezember ein — Dollarkredit von ziemlicher Höhe eingeräumt wird.

Für Frankreich gelten die amerikanischen Forderungen und Vorbehalte ganz besonders. Als im Oktober 1931 der französische Ministerpräsident Laval nach Amerika fuhr, um dort Hoover ziemlich hart auf die politischen Hühneraugen zu treten, da begegnete ihm so manches Schiff, das Millionen und aber Millionen von Gold aus Amerika herüber nach Frankreich brachte. Denn rücksichtslos hatte man von Paris aus die französischen Goldguthaben in Amerika gekündigt, um Hoover für den Vorschlag seines „Feierjahres" drastisch zu bestrafen. Ein Goldstrom von drei Milliarden ergoß sich in die Stahlgewölbe der Bank von Frankreich; Holland und die Schweiz ahmten das französische Beispiel nach Kräften nach, und das Palladium der Amerikaner, der Dollar, geriet ins Schwanken, bis man sich Ende Juni restlos hatte von den französischen Goldfesseln lösen können. Und nun kommt Frankreich als Bittsteller, will seine Schuldenrate nicht bezahlen, obwohl doch diese Schulden hauptsächlich nur die Bezahlung für das unermeßlich große Kriegsmaterial darstellt, das die Amerikaner bei Kriegsende in Europa zurückließen und an Frankreich verkauften! An Frankreich, das heute wie Fafnir, der Wurm, über einen Goldhort von 13 bis 14 Milliarden verfügt! Und das alle Abrüstungsvorschläge Amerikas sabotiert! Das Deutschland auspreßte bis auf den letzten Blutstropfen! Und die Unverletzlichkeit abgeschlossener Verträge bis auf das J-Tüpfelchen predigt!

Gewiß, mehr als allgemeine also platte „Weisheiten" wird man aus der Geschichte nicht lernen können, — aber bisweilen macht sie ganz gute Witze.

Die Zukunft der Landgemeinden.

Verwaltungsreform und Arbeitsbeschaffung.

Der Verband der Hannoverschen Landgemeinden hielt einen Vertretertag seiner Kreise ab. Den Hauptvortrag hielt der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preußischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Gereke-Pressel, über die Zukunft der Landgemeinden unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsbeschaffungsprogramms und der Verwaltungsreform.

Dr. Gereke ging auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindeverbandes und die finanzielle Not der Gemeinden ein. Wie recht die Landgemeinden gehabt hätten, vor einem übertriebenen Optimismus zu warnen, gehe aus den Beratungen in der letzten Sitzung des Reichsrats hervor. Dort habe der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk mitgeteilt, daß die Reichsregierung im laufenden Haushaltsjahr mit einem Ausfall bei den Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von 700 bis 800 Millionen Mark rechne. Außerordentlich bedenklich sei der Rückgang bei der Lohnsteuer, der nicht weniger als 130 Millionen Mark betrage. Wie bei diesen ständig zurückgehenden Einnahmen und den dauernd steigenden Wohlfahrtsausgaben besonders die Gemeinden ihre Haushalte für 1933 ins Gleichgewicht bringen sollten, sei kaum verständlich. Auch die Finanzminister mehrerer Länderregierungen hätten in der Sitzung des Reichsrats mitgeteilt, daß ihnen die Aufstellung eines Haushaltsplanes überhaupt nicht möglich sei.

Auch vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus müsse man darauf hinweisen, daß wir zur Rettung insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft die Kaufkraft der Massen brauchten. Wenn gesagt werde, die Reichsbank warte schon längst auf die jetzt vorgesehene Kreditanspruchnahme durch die kommunalen Körperschaften, dann sei in der Praxis von diesem politischen Entgegenkommen der Reichsbank so gut wie nichts zu merken, es sei denn, man gebe sich der Auffassung hin, die Gemeinden könnten den Zins- und Tilgungsbedingungen der Reichsbank nachkommen. Es sei gewiß verständlich, wenn man an manchen Stellen mit etwas Unbehagen sehe, daß die zur Verfügung gestellten öffentlichen Kredite nur sehr wenig in Anspruch genommen werden. Das liege doch aber lediglich daran, daß diese Kredite zu Bedingungen angeboten würden, auf die im allgemeinen kein verantwortungsbewußter Kommunalpolitiker eingehen könne. Wenn erklärt worden sei, die im Landgemeindeprogramm vorgesehenen Mittel für den Straßenbau seien ein volkswirtschaftlicher Unfug, dann sei mancher Stelle anscheinend immer noch nicht bekannt, daß die Ausgaben unserer Provinzen, Kreise und Gemeinden in den letzten Jahren um mehrere hundert Millionen allein für Straßenunterhaltung gekürzt worden seien, weil man fast alle Mittel für die Wohlfahrtserwerbslosen, also zu rein unproduktiven Zwecken, brauchte. Dem Tiefbaugewerbe, dem bislang die Straßenunterhaltung übertragen worden sei, helfe keinerlei Privatinitiative, sondern nur der Auftrag durch die öffentliche Hand.

Am Schluß seiner Ausführungen sagte Dr. Gereke, daß es eine Verkennung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Landgemeinden sei, wenn man verschiedentlich immer noch glaube, es sei lediglich auf die Bedürfnisse der Landgemeinden oder Gemeinden überhaupt zugeschnitten. Die Landgemeinden forderten im Interesse der Gesamtwirtschaft sowie der sieben Millionen Erwerbslosen ein umfassendes öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, an dem Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie öffentlich-rechtliche Körperschaften (wie z. B. Landelskulturgenossenschaften) beteiligt sein müßten.

Der Konflikt Reich-Preußen

Der Preußenkonflikt vor dem Preußischen Landtag.

(21. Sitzung.) tt. Berlin, 24. November.

Der Preußische Landtag trat zu einem auf drei Tage berechneten Vollsitzungsabschnitt zusammen.

Präsident Kerrl eröffnet die Sitzung vor stark besetztem Hause und überfüllten Tribünen.

Außerhalb der Tagesordnung erhält sogleich das Wort der deutschnationale Fraktionsvorsitzende Dr. von Winterfeld, der namens seiner Fraktion eine Erklärung abgibt. Darin wird u. a. gesagt, daß die deutschnationale preußische Landtagsfraktion

die Beseitigung der geschäftsführenden Regierung Braun-Hirtsiefer-Severing

zum Wohle Preußens und des Reiches seit langem aus oft erörterten Gründen für unbedingt notwendig gehalten habe. Sie habe daher, da die Wahl des Ministerpräsidenten nicht zustande kam, die Einsetzung eines Reichskommissars gefordert und lebhaft begrüßt. Wenn auch die Deutschnationale Volkspartei nicht mit allen Maßnahmen des Reichskommissars einverstanden sei, so lehne sie es doch ab, mit der sogenannten Regierung Braun, der keinerlei Ausführungsbefugnisse zuständen, diese Dinge zu beraten. Sie werde auch

keinerlei Ersuchen an diese Regierung stellen.

Sie werde dagegen ihre Forderungen und Beanstandungen dem Reichskommissar zuleiten.

Das Haus tritt hierauf in die Aussprache über die

Verfassungsstreitigkeiten zwischen Preußen und dem Reich

ein, zu der zahlreiche Anträge verschiedener Fraktionen vorliegen.

Minister Hirtsiefer leitet die Aussprache mit einer längeren Stellungnahme des preußischen Staatsministeriums ein, von dem außer Minister Hirtsiefer die Minister Dr. Schmidt, Dr. Schreiber und Grimme anwesend sind. Als Minister Hirtsiefer das Wort ergreift, verlassen die Deutschnationalen den Saal. Der Minister geht zunächst ausführlich auf den Inhalt des Urteils des Staatsgerichtshofes ein und erklärt, die preußische Regierung verlange in erster Linie

die völlige Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli.

Wenn der Reichspräsident dem nicht entsprechen zu können glaube, so verlange die preußische Regierung, daß die Verordnung entsprechend dem klaren Wortlaut der Entscheidung des Staatsgerichtshofes abgeändert werde. Der Minister beschäftigt sich dann mit der Verordnung des Reichspräsidenten über die Betrauung von Reichsministern ohne Geschäftsbereich mit der Verwaltung preußischer Ministerien. Es gelte im öffentlichen Leben ebenso wie im privaten Geschäftsleben der Grundsatz der Firmenwahrheit. Dieser Grundsatz werde verletzt, wenn weiter entgegen den grundsätzlichen Ausführungen der Leipziger Entscheidung von den Kommissaren Verordnungen, Erlasse und Schreiben unter der persönlichen Bezeichnung als preußischer Minister hinausgingen.

Die Fernhaltung des Ministerpräsidenten Braun und des Ministers Severing von ihren Amtsgebäuden sei des Reiches und Preußens unwürdig. Die preußische Staatsregierung sei nur geschäftsführende Regierung und lege keinen Wert darauf, dies noch längere Zeit zu sein. Sie kämpfe nicht für ihre Rechte, sondern für die Rechte der jeweiligen preußischen Staatsregierung.

Sie kämpfe aber auch nicht nur für die Rechte der jeweiligen preußischen Staatsregierung, sondern darüber hinaus für die Rechte des Landes Preußen und für die Wahrnehmung und Verteidigung dieser Rechte bei der letzten großen Auseinandersetzung über das Schicksal Preußens im Deutschen Reich. In diesem Kampfe erbitte sie die Unterstützung des Landtages ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit.

Abg. Möller-Halle (Soz.) begründet sozialdemokratische Anträge, worin u. a. die Aufhebung der Verordnungen vom 20. Juli und vom 18. November gefordert wird.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

*

Preußischer Staatsrat für neue Klage.

Gegen die Kommissare.

Der Staatsrat beschäftigte sich mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofs in der Streitsache Preußen-Reich und den Vorgängen am 20. Juli.

Mit großer Mehrheit wurde der Antrag des Verfassungsausschusses gutgeheißen, der u. a. fordert, daß zur Klarstellung der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 und den Erlaß vom 18. November 1932 hervorgerufenen Streitpunkte eine neue Klage beim Staatsgerichtshof notwendig sei.

Präsident Adenauer wurde beauftragt, eine Klage vor dem Staatsgerichtshof zur Klarstellung der Verfassungsstreitigkeiten zwischen Preußen und dem Reich einzuleiten. Gegen den Antrag des Verfassungsausschusses stimmten die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft und die Wirtschaftspartei, die ihre ablehnende Stellungnahme in der Aussprache eingehend begründeten.

*

Der Beratungsplan des Preußischen Landtags.

Der Ältestenrat des Preußischen Landtages hielt eine Sitzung ab, in der der Beratungsplan des Landtages festgelegt wurde. Es wurde beschlossen, die auf der Tagesordnung stehenden Anträge getrennt in drei Abschnitten zu behandeln. Der erste Abschnitt bezieht sich auf die Verfassungsstreitigkeiten, der zweite auf die Gemeindefinanzen und Erwerbslosenfragen, während der dritte Abschnitt die Anträge zum Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft und über die Urteile der Sondergerichte umfaßt. Die Aussprache über alle drei Abschnitte soll in drei Sitzungen erledigt werden. Am Sonnabend wird sich der Landtag vertagen.

Der Landtag wird voraussichtlich in den Tagen vom 13. bis 17. Dezember seine nächste Tagung abhalten.

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten
und die Beilage „Zeitgeschehen im Wochenbild."

Kleine Zeitung für eilige Leser

* **Hindenburg hat den Vorschlag Hitlers abgelehnt, ihn mit der Bildung einer Präsidialregierung zu betrauen.**

* **Reichspräsident von Hindenburg hat den Führer der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, zu einer Aussprache über die politische Lage empfangen.**

* **Der Preußische Landtag trat nach längerer Pause zu einem neuen Sitzungsabschnitt zusammen.**

Und dabei soll doch das Geschenk nicht Ärger, sondern Freude auslösen. Woraus eigentlich sich schon von selbst ergibt, daß das Geschenk gar nicht so ungemein kostbar und großartig zu sein braucht, sondern sich nur den besonderen Lebensumständen des Schenkers und des Beschenkten anpassen muß. Woraus sich weiter ergibt, daß zum Schenken Takt gehört, und daß Mangel an Takt beim Schenken verletzend wirken kann.

Wie gesagt, es trennen uns noch vier Wochen von Weihnachten. Wir haben also noch immer vier Wochen Zeit, um uns das alles reiflich zu überlegen und unser Schenken danach einzurichten. Mit dem Helfen aber sollten wir unter allen Umständen sofort beginnen!

□ **Schülerkarte für Zweiundzwanzigjährige.** Die Reichsbahn wird vom 1. Dezember d. J. ab die Altersgrenze für die Inanspruchnahme von Schülermonats- und Schülerrückfahrkarten, die für Lehrlinge und einzelne andere Gruppen von Benutzern bisher auf 20 Jahre festgesetzt war, auf 22 Jahre ausdehnen. Für mehrere Schulkinder der gleichen Familie wird noch eine Sondervergünstigung insofern gewährt, als von dem zweiten und jedem weiteren Kinde derselben Familie nur der halbe Preis einer Schülermonatskarte zu entrichten ist. Schülerrückfahrkarten sind im Preise um 50 Prozent niedriger als die entsprechenden regelrechten Fahrkarten.

—* **Wieviel Münzgeld gibt es in Deutschland?** Nach einer soeben herausgekommenen Uebersicht beträgt der Gesamtumlauf an Münzgeld in Deutschland 1 976 206 779,13 *RM*. Es handelt sich dabei um Fünfmarkstücke im Werte von 758 346 230 *RM*, ferner um Dreimarkstücke im Werte von 268 826 145 *RM*, Zweimarkstücke im Werte von 213 637 500 *RM*, Einmarkstücke im Werte von 256 304 905 *RM*; außerdem Nickelmünzen: für 73 286 602,50 *RM* Fünfzigpfennigstücke, für 65 335 605,10 *RM* Aluminiumbronzemünzen und für 28 647 614,55 *RM* Aluminiumbronzemünzen zu Zehnpfennig und für 1 547 428,04 *RM* Kupfermünzen zu Fünfpfennig, für 4 997 930,14 *RM* Kupfermünzen zu Vierpfennig, für 5 440 801,98 *RM* Kupfermünzen zu Zweipfennig und für 5 440 801,98 *RM* Kupfermünzen zu einem Pfennig.

—* Am 1. Dezember 1932 findet im Deutschen Reiche in Verbindung mit der an diesem Tage üblichen jährlichen Viehzählung eine **Zählung der Obstbäume** statt. Diese Zählung soll mit einer späteren Obsternteermittlung einen Einblick in die Erzeugung, den Verbrauch und den Absatz der Erzeugnisse des Obstbaues ermöglichen und so der Förderung des deutschen Obstbaues und Obstabsatzes nutzbar gemacht werden. Mit der Durchführung der Erhebung ist in Preußen das Preußische Statistische Landesamt beauftragt worden. Die Erhebung geschieht durch Befragen der Obstbaumbesitzer usw. und Eintragen der Angaben in eine Liste. Es werden Apfelbäume, Birnbäume, Pflaumen-, Zwetschen- Mirabellen- und Reineclauden-Bäume, Süßkirschbäume, Sauerkirschbäume, Aprikosenbäume, Pfirsichbäume und Walnußbäume nach ertragsfähigen und noch nicht ertragsfähigen Bäumen gezählt. Für eine reibungslose Erledigung des Zählgeschäftes ist es von größter Wichtigkeit, daß die Bevölkerung sich — wenn nötig — durch vorherige Besichtigung die zur Beantwortung der Fragen des Zählers nötige Kenntnis verschafft.

—=) Die Handwerkskammer Arnsberg und das Handwerksamt Lüdenscheid laden ein zu einer allgemeinen **Handwerker-Versammlung** für Dienstag, den 29. November, abends 8 Uhr im Kaffeehaus Schulz-Schalksmühle. Als Redner des Abends referieren Dr. Aßhoff, Geschäftsführer des Westf.-Lipp. Handwerkerbundes und Dr. Hampe, Geschäftsführer der Handwerkskammer Arnsberg.

Halver

—0 **Einbruch.** Vor einigen Tagen wurde bei dem Bäcker vom Orth in Büchermühle eingebrochen und Nahrungsmittel entwendet.

—)) **Weihnachtsmusik des evang. Kirchenchores am 2. Advent.** „Weihnacht, Weihnacht kehret wieder, wachet auf, ihr meine Lieder!" Es ist längst eine liebe Gewohnheit geworden, daß der evangelische Kirchenchor diese fröhliche, selige Zeit mit einer Kirchenmusik einleitet. Wer könnte auch besser in einer Zeit tiefster Erschütterungen, der Hast und Aufregungen zur Besinnlichkeit zurückführen und die Herzen wieder froh machen — als gerade Frau Musika. „Sie ist das beste Labsal einem betrübten Menschen, dadurch das Herz wieder zufrieden, erquicket und erfrischet werde." Hier quillt glaubensstarkes Leben aus den Werken unserer großen Meister von einst. Sie wollen auch diesmal von der großen Friedensbotschaft künden und die müden Herzen mit seliger Hoffnung füllen. Sollten wir als evangelische Gemeindeglieder nicht alle dieser Botschaft lauschen?

—;) Die **N. S.-Frauenschaft** (Deutscher Frauenorden) Ortsgruppe Halver veranstaltet am kommenden Samstag, den 26. 11. 32 abends 8 Uhr im Haus zur Fuhr ein Wohltätigkeitskonzert, bestehend aus Konzert des Beckerschen Salon-Orchesters, Deklamationen, Reigen usw. Frl. Vollmer aus Hagen wird die Festteilnehmer mit einigen deutschen Tänzen erfreuen. Während des Konzertes findet eine große Verlosung statt. Den glücklichen Gewinnern winken wertvolle Gegenstände. Der Reinertrag dieser Veranstaltung ist für die notleidenden Mitmenschen bestimmt. Versäume deshalb niemand dieses Wohltätigkeitskonzert zu besuchen. (Siehe Inserat in der gestrigen Ausgabe.)

—!! **Breha-Lichtspiele.** Am Sonntag und Montag bringen uns die Breha-Lichtspiele im Haus zur Fuhr diesmal einen ganz besonderen Genuß. Zur Vorführung gelangt der erfolgreichste Ufa-Tonfilm **„Die Drei von der Tankstelle"**, die entzückende Tonfilmoperette, die Weltberühmtheit erlangt hat. Lilian Harvey wird sich dem Halverschen Publikum zum erstenmal vorstellen. In Städten wie Dortmund, Köln, Düsseldorf, Hagen etc. lief dieser Film bis zu 20 Wochen hintereinander und begeisterte Millionen von Menschen. Jeder muß diesen Film gesehen und gehört haben. (Näheres siehe gestriges Inserat.)

Dahlerbrück

—„ **Vom F. A. D.** Die Bauernschaften Linscheid, Dahlhausen usw. lassen ungefähr 150 Morgen Wald usw. vom freiwilligen Arbeitsdienst urbar machen. Die Träger des F. A. D. sind die Jugend der Evangelischen Gemeinschaft und die Kyffhäuser-Jugend. Die Arbeitsfreiwilligen werden in der Scheune des Gutsbesitzers Wilhelm Höll auf Linscheid untergebracht, deren leeren Räume eigens hierfür hergerichtet worden sind. Nach längeren Verhandlungen ist es dem Waldbauverein gelungen, insgesamt 370 Arbeitsfreiwillige zugewiesen zu bekommen, die auf sämtlichen Höfen, mit Ausnahme von Everinghausen, in der Gemeinde Hülscheid verteilt sind. Insgesamt sollen 370 Morgen urbar gemacht werden, so daß auf einen Morgen ein Arbeitsfreiwilliger kommt. Die Arbeiten auf Dahlhausen und Linscheid sollen bereits morgen in Angriff genommen werden. Der sogenannte Teufelsberg zwischen den Bauernschaften Linscheid und Dahlhausen soll in Ackerland und Wiesen verwandelt werden.

Breckerfeld

= **Zurstraße.** Ein Schaf von der Weide gestohlen. Dem Erwerbslosen Albert Sch., Stutenhagen, wurde ein junges Schaf am hellen Tage von der Weide gestohlen. Den Fußspuren, die zum nahen Walde führen, nach zu urteilen, müssen es mehrere Täter gewesen sein. Die polizeilichen Ermittelungen sind aufgenommen.

Kierspe

—s **Adventsfeier der Jungmädchenbünde.** Am 1. Adventssonntag, dem 27. Nov. d. J. feiern, wie alljährlich, die evangelischen Jungmädchenbünde von Kierspe und Kierspe-Bhf. ihr Jahresfest im Gemeindehause mit einer Verlosung für die Mission und die Armen der Gemeinde. Die Losungsgegenstände sind bis Samstag in dem Schaufenster Franz Aug. Vollmann, Kierspe ausgestellt. Frau Kienold aus Witten, vom Verbande der Jungmädchenbünde hat ihr Kommen und eine Ansprache zugesagt. Die jungen Mädchen werden samt ihren Müttern und Pflegemüttern des nachmittags durch Kaffee und Kuchen bewirtet.

*

pn. **Hagen. Raubüberfall.** Eine Verkäuferin eines Lebensmittelgeschäftes wurde gestern abend nach 7 Uhr in der Adrianstraße von einem Manne überfallen. Der Räuber entriß die Handtasche mit der Tageseinnahme von 110 RM. Herbeigerufene Polizei gelang es, den frechen Räuber festzunehmen.

pn. **Hagen. Kommunisten verlangen die Abberufung des Hagener Polizeipräsidenten.** Die kommunistische Fraktion im Landtag hat einen Uranrag eingebracht, den erst jetzt neuernannten kom. Polizeipräsident von Hagen, Regierungsrat Refrath, der Mitglied der N. S. D. A. P. sein soll, abzuberufen. Die Ernennung sei eine Kampfansage an die arbeitende Bevölkerung Hagens und eine Bestätigung der Faschisierung der preußischen Polizei.

Hagen. 2000 RM gestohlen. Aus dem Keller der Reichsbank wurden, wie erst jetzt bekannt wird, in der vorigen Woche 2000 RM gestohlen. Die Diebe zerschnitten den Fensterschutzdraht eines Fensters, das auf den Hof geht und während der Geschäftszeit offen stand. Dann angelten sie — über eine Entfernung von etwa 3 Meter hinweg — mit langen Stangen zwei mit Silbergeld gefüllte Geldsäcke durch das Fenster heraus. Es muß sich nach der ganzen Art des Diebstahls um sehr ortskundige Personen handeln.

Sprockhövel. Auf dem Wege zum Friedhof vom Tode ereilt. Der 52jährige Schwerkriegsbeschädigte Sengst aus Bredenscheid befand sich mit einem Kranz auf dem Wege nach Silschede, um das Grab einer Verwandten zu schmücken. Er kam jedoch nicht mehr dazu, denn auf dem Wege zum Friedhof brach er, vom Schlage getroffen, zusammen und starb unter den Händen derer, die ihm beistehen wollten.

Wipperfürth. Stadtverordnetensitzung. In einer scharfen Entschließung wandte sich der Stadtrat gegen die beabsichtigte Aufhebung des Finanzamtes, da die Stadt durch die Kreisauflösung gerade genug gelitten habe. — Der Fehlbetrag wird am Ende des Jahres mindestens 105 000 RM betragen, wenn alles weiter glatt geht und die noch ausstehenden Gelder auch wirklich einkommen. — Zur Zeit liegen für 45 000 RM unbezahlte Rechnungen bei der Stadtkasse. Die Bürgersteuer ist für den ganzen Kreis Rhein-Berg auf 600% festgesetzt. — Die Abschlüsse der städtischen Werke werden wie folgt genehmigt: Wasserwerk 53 144 RM und Elektrizitätswerk mit 250 000 RM. Die höheren Richtsätze für Unterstützungen belasten die Ausgaben mit 3000 RM monatlich, wovon der Kreis allerdings 70% bezahlt.

Nah und Fern

○ **Waffenschmuggel auf Torfschiffen.** Einen großen Waffenschmuggel hat die Zollstelle in Nordhorn aufgedeckt. Die Ermittlungen haben ergeben, daß auf dem Ems-Vechte-Kanal Torfschiffe zum Waffenschmuggel benutzt wurden, und zwar handelte es sich vornehmlich um Karabiner der belgischen Firma Orban-Ferrère. Die Waffen waren im Innern des Schiffes verstaunt und mit großen Zeltbahnen überdeckt, über die man eine dünne Schicht von Torfstücken gelegt hatte. Man nimmt an, daß unter der Deklarierung „Torf" bereits mehrere Schiffe mit Waffen eingeschmuggelt worden sind.

○ **Ein Doppelmörder begeht Selbstmord.** In der Nacht zum 5. November wurden in einem Bauernhause in Dortmund-Ellinghausen die Ehefrau des Fördermaschinisten August Schmidt und die Hausangestellte Thieme erschossen aufgefunden. Aus der Wohnung war ein Betrag von etwa 300 Mark entwendet worden. Als der Tat dringend verdächtig erschien der 52jährige Streckenmeister der Emscher Genossenschaft, Otto Zinram, der seitdem verschwunden war. Jetzt wurde in der Nähe von Castrop-Rauxel aus der Emscher die Leiche eines Mannes gezogen, der von Angestellten der Emscher Genossenschaft als der geflüchtete Zinram erkannt wurde. Es ist anzunehmen, daß Zinram bald nach dem Doppelmord seinem Leben ein Ende gemacht hat.

⊙ **Der unehrliche Sohn und die ehrliche Mutter.** Der Kassierer der Petrowitzer Maschinenfabrik, Frank Koruschewitz, holte dieser Tage von der Bank Polski in Kattowitz 23 000 Zloty ab und flüchtete dann zu seiner Mutter in Bernau bei Berlin. Koruschewitz händigte der Mutter 22 250 Zloty aus und gestand, das Geld unterschlagen zu haben. Frau Koruschewitz fuhr ohne Wissen ihres Sohnes nach Beuthen, setzte sich mit dem Direktor der Fabrik in Verbindung und bat um Entsendung eines Beamten, der das unterschlagene Geld wieder abholen sollte. Dies geschah, so daß der Firma kein Schaden entstand. Koruschewitz soll sich noch in Berlin befinden.



Gesandter Köster beim französischen Staatspräsidenten.
Unser Bild zeigt den neuernannten deutschen Botschafter für Paris, Dr. Roland Köster, bei seinem Antrittsbesuch beim französischen Staatspräsidenten Lebrun; neben ihm der Chef des Protokolls, de Fouquière.

⊙ **800 Verbrecher irrtümlich freigelassen.** In der letzten Zeit nahmen in Warschau die Wohnungsdiebstähle, Raubüberfälle und Betrügereien in erschreckender Weise zu. Polnische Blätter bringen diese Zunahme der Kriminalität mit Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung des Amnestiedekrets in Zusammenhang. Die Gefängnisbehörden sollen 800 Verbrecher, die wegen Eigentumsverbrechen eingesperrt waren, „irrtümlich" freigelassen haben.

⊙ **Schreckensszene im Zirkus.** Im Zirkus in Warschau kam es bei der Vorführung einer dressierten Löwengruppe zu einem aufregenden Vorfall. Der Bändiger Proske krönte seinen Dressurakt damit, daß er einer Löwin Kopf und Hände in den Rachen legte. Als er seinen Kopf wieder herausziehen wollte, bemerkte er mit Entsetzen, daß ihn die Löwin nicht mehr losließ. Erst nach langen Bemühungen und mit schweren Verletzungen konnte sich der Bändiger aus dem Rachen der Löwin befreien. Er hatte noch die Kraft, die durch den Vorfall erregten Tiere in den Käfig zu treiben. Dann brach er ohnmächtig zusammen.

⊙ **20 Verletzte bei einem Autobusunglück.** In der Nähe von Tarbes in Frankreich stieß im dichten Nebel ein Autobus mit einem Privatwagen zusammen. Beide Wagen wurden erheblich beschädigt. 20 Autobuspassagiere wurden schwer verletzt.

○ **Gerhart Hauptmann beim Reichspräsidenten.** Der Reichspräsident empfing den Dichter Gerhart Hauptmann, der seinen Dank für die ihm anläßlich seines 70. Geburtstages erwiesenen Ehrungen zum Ausdruck brachte.

○ **Ein Optimist will mit 650 Mark die Bank von Zoppot sprengen.** Der Kaufmann Alois Zimmer hatte ein System erfunden, mit dessen Hilfe die Banken von Monte Carlo und Zoppot gesprengt werden sollten. Er teilte sein System einem Arbeitslosen mit und lockte ihm Ersparnisse in Höhe von 650 Mark ab. Mit diesem Betrage begab sich Zimmer nach Zoppot. Es gelang ihm nicht, die Bank zu sprengen, dafür verlor er in wenigen Stunden das ganze Geld. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte Zimmer wegen Betruges zu zwei Monaten Gefängnis.

○ **Ein Staatsförster im Walde erschossen aufgefunden.** Der 41jährige verheiratete Staatsförster Däker aus Viernau (Kreis Schleusingen) wurde im Walde tot aufgefunden. Er war mit einem Kollegen auf einem Pirschgang gewesen und wurde auf dem Heimwege erschossen. Däker hat vor kurzem in Ausübung seines Amtes einen des Wilderns verdächtigen Mann angeschossen, der in diesen Tagen aus dem Krankenhaus entlassen worden ist. Es wird angenommen, daß die Ermordung des Beamten damit in Zusammenhang steht.

○ **Typhusfälle in Düren.** In Düren sind mehrere Fälle von Typhus vorgekommen. Einzelne Erkrankungen erfolgten vor einiger Zeit in der Heil- und Pflegeanstalt; einige Fälle sind tödlich verlaufen. Dann erkrankten auch in Norddüren in einem Hause sieben Personen an Typhus, von denen eine starb. Neuerdings sind sechs Personen aus zwei Papierfabriken vom Typhus befallen worden.

○ **Sühne für die Ermordung des Amtsvorstehers von Zingst.** Das Greifswalder Schwurgericht verurteilte den staatenlosen 42 Jahre alten Zimmermann Georg Petereit wegen Totschlages zu einer Zuchthausstrafe von zwölf Jahren. Petereit hat am Abend des 20. Juli d. J. im Schützenhause zu Zingst den Amts- und Gemeindevorsteher Köthur erstochen, weil dieser ihm das Betteln in Zingst verboten hatte. Nach der Urteilsverkündung versuchte Petereit, mit einem Rasiermesser sich die Kehle zu durchschneiden. Ein Gerichtsbeamter entwand ihm aber das Messer.

○ **Auf dem Großen Vogelsand gestrandet.** Während eines Sturmes, der die deutsche Nordseeküste heimsuchte, ist in der Elbmündung der Motorsegler „Marie Elise" gestrandet. Das Schiff befand sich auf der Reise von Dortmund nach Hamburg mit einer Kohlenladung und geriet in Seenot. Als die Bergungsdampfer zur Rettung ausliefen, war das Schiff bereits auf dem Großen Vogelsand gestrandet. Einem Rettungsboote gelang es, die Besatzung, die aus vier Mann bestand, zu bergen. Die „Marie Elise" konnte später abgebracht und nach Cuxhaven eingeschleppt werden.

⊙ **Eine Schmugglerbande in Polen festgenommen.** Den polnischen Sicherheitsbehörden ist es gelungen, einer großen Schmugglerbande auf die Spur zu kommen. Die Bande, die unter Führung einiger Kaufleute stand, befaßte sich mit dem Schmuggel von Seidenspitzen und Seide aus Deutschland nach Polen. Es wurden bis jetzt vier Personen verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor. Der dem polnischen Staate durch die Tätigkeit der Bande erwachsene Schaden soll sich auf einige Millionen Zloty belaufen.

Eröffnung der Umgehungsstraße bei Horneburg.

Erleichterung des Durchgangsverkehrs nach Cuxhaven und Stade.

Die Umgehungsstraße bei Horneburg ist soweit fertiggestellt, daß ihre Inbetriebnahme ins Auge gefaßt werden kann. Es wird jetzt die letzte Hand an die

Einmündung der neuen Straße in die Hauptchaussee Hamburg—Cuxhaven gelegt. Die neuerrichtete Brücke über die Aue ist vor einigen Wochen betoniert worden. Man rechnet damit, daß die Straße Mitte Dezember dem Verkehr übergeben werden wird. Sie bedeutet für den Durchgangsverkehr nach Cuxhaven bzw. Stade eine wertvolle Erleichterung, da künftig die Kraftwagen und anderen Fahrzeuge den eigentlichen Flecken Horneburg mit seinen kurvenreichen Straßen nicht mehr zu berühren brauchen. Die Straße ist über drei Kilometer lang und führt in mehreren hundert Metern Abstand an der Reichsbahnstrecke entlang. Die Straße ist in ihrer ganzen Ausdehnung mit Beton belegt und in fast gerader Linie geführt.

Voruntersuchung gegen Vorstandsmitglieder der „Heimbau".

Die Unterschriftleistung in der Weinstube.

Gegen die Vorstandsmitglieder Paul und Maser der zusammengebrochenen Gemeinnützigen Beamtensiedlung Heimbau G. m. b. H. und gegen das Aufsichtsratsmitglied Maurermeister Thabor ist vom Untersuchungsrichter beim Landgericht II in Berlin die Voruntersuchung wegen des Verdachtes der genossenschaftlichen Untreue eröffnet worden.

Paul, Maser und Thabor wird vorgeworfen, zu hohe Spesen berechnet und zum Schaden der Gesellschaft ein üppiges Leben geführt zu haben. Es soll vorgekommen sein, daß Paul und Maser in den Vormittagsstunden von Stenotypistinnen in Weinstuben in betrunkenem Zustande aufgefunden wurden und daß die Stenotypistinnen den „schwankenden" Vorstandsmitgliedern bei der Unterschriftleistung die Hand führen mußten.

Scharfes Urteil eines Sondergerichts.

Antrag: Ein Jahr Gefängnis — Strafe: Zehn Jahre Zuchthaus.

Das Sondergericht in Gladbach-Rheydt verhandelte gegen den Reichsbannermann Karl Klein aus Wickrath-Berg wegen Landfriedensbruchs und Rädelsführerschaft. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis wegen Körperverletzung. Das Gericht verurteilte den Angeklagten auf Grund der Terrornotverordnung des Reichspräsidenten zu zehn Jahren Zuchthaus, erklärte sich aber bereit, ein Gnadengesuch des Verurteilten zu befürworten.

Klein war, als er mit seinem Vater im väterlichen Garten arbeitete, mit etwa 20 Nationalsozialisten, die an dem Garten vorbeikamen, in Streit geraten und hatte dann die Gegner mit Steinen beworfen und einen von ihnen mit Stockhieben bedacht. Mehrere Reichsbannerleute, die ihm Beistand geleistet hatten, waren, als das herbeigerufene Überfallkommando erschien, bereits entflohen und konnten nicht mehr ermittelt werden.

Anklageerhebung gegen Bankdirektor Seiffert.

Bilanzverschleierung und handelsrechtliche Untreue.

Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat das nach dem Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G. eingeleitete Ermittlungsverfahren abgeschlossen und gegen den früheren Direktor dieser Bank, Willi Seiffert, der von der Tschechoslowakei ausgeliefert worden ist, Anklage wegen Bilanzverschleierung und handelsrechtlicher Untreue erhoben. Seiffert wird zur Last gelegt, seit 1924 in seinen Übersichten über den Vermögensstand der Bank und in den in Generalversammlungen gehaltenen Vorträgen die geldlichen Verhältnisse der Gesellschaft wissentlich unwahr dargestellt und verschleiert sowie absichtlich zum Nachteil der Bank gehandelt zu haben.

Der Zusammenbruch der Bank für Handel und Grundbesitz A.-G ist nach dem Ermittlungsergebnis hauptsächlich auf die großen Verluste zurückzuführen, die Seiffert durch verfehlte Kapitalanlagen erlitten, und die er durch Verschleierung der Jahresbilanz jahrelang verborgen hat. Die handelsrechtliche Untreue wird darin erblickt, daß Seiffert in jedem Jahre hohe Dividenden verteilte, die im wesentlichen ihm selbst als dem Hauptaktionär zuflossen, obwohl jedes Geschäftsjahr der Bank mit Verlust abschloß; ferner darin, daß Seiffert anläßlich einer Kapitalerhöhung den größten Teil der neuen Aktien der Bank übernahm, jedoch den Gegenwert nicht mit eigenem Gelde, sondern mit Geldern der Bank bezahlte. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß Seiffert als

alleiniger Leiter und nahezu alleiniger Aktionär

der Bank es verstanden habe, anderen den Einblick in die Geschäftsgebarung der Gesellschaft zu verwehren, und daß die weder bankfachmännisch vorgebildeten noch bilanzkundigen Mitglieder des Aufsichtsrates, darunter der frühere Reichstagsabgeordnete der Wirtschaftspartei Ladendorff, Knaake und Direktor Le Viseur, die Seiffert ihr uneingeschränktes Vertrauen schenkten, nicht fähig waren, rechtzeitig die Schwächen der Bank zu erkennen. Das Ermittlungsverfahren gegen Ladendorff, Knaake und Le Viseur ist eingestellt worden.

Verzweiflungstat eines Erwerbslosen.

Den Sohn erwürgt und sich selbst erhängt.

Der seit einigen Jahren erwerbslose Arbeiter Schwabe wurde auf dem alten Friedhof in Bergedorf erhängt aufgefunden. In seiner Wohnung fand man seinen 12jährigen Sohn erwürgt auf. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, hat Schwabe, der Witwer ist, seinen Sohn bereits in den frühen Morgenstunden erdrosselt und dann Selbstmord begangen. Wirtschaftliche Sorgen sollen der Beweggrund zur Tat sein, jedoch litt Schwabe seit dem Tode seiner Frau auch an Schwermut.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 24. November.

Schwere Kämpfe in der Nordmandschurei.

Charbin. In der Nordmandschurei ist es im Verlaufe der japanischen Offensive gegen die aufständischen Truppen zu schweren Kämpfen gekommen, deren Mittelpunkt die nördlich von Charbin gelegene Stadt Paichuan ist. Die Zahl der Chinesen wird auf etwa 35 000, die der Japaner auf nicht viel weniger geschätzt. Nach japanischen Berichten haben die japanischen Truppen bereits Paichuan nach erbittertem Kampf erobert und rücken den zurückgehenden Chinesen nach.

Englische Bemühungen um eine Fünferkonferenz.

Genf. Zwischen Simon und Paul-Boncour fand eine längere Unterredung über die Frage der Gleichberechtigung statt. In englischen Kreisen wird erklärt, der englische Außenminister hoffe, daß Ende dieser Woche zumindest eine grundsätzliche Übereinstimmung über die Notwendigkeit gemeinsamer Verhandlungen zwischen den fünf Mächten erzielt werden werde. Jedoch werden allgemein die Aussichten auf einen Erfolg der englischen Bemühungen wenig optimistisch bewertet.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Lichtspiele Karlshöhe.

Die Lichtspiele Carlshöhe eröffnet ihre diesjährige Wintersaison mit dem größten aller Militärschwänke



„Reserve hat Ruh"

Regie: Max Obal

Dazu ein gutes Beiprogr. u. d. tönende Wochenschau.
Das Theather ist mit einer modernen Klangfilm-Apparatur ausgestattet.
Preise der Plätze: 2. Platz 50 ₰, 1. Platz 70 ₰, Sperrsitz 90 ₰. Erwerbslose gegen Ausweis auf allen Plätzen 20 ₰ weniger.
Gut geheizter Saal. Eingang durch die Veranda.
Anfang: Samstag 8 Uhr, Sonntag 5 u. 8 Uhr, Montag 8 Uhr.

Schirme

empfiehlt zu sehr vorteilhaften Preisen

Karl Happe,
Lüdenscheid, Karlsplatz.

„Jeder soll von Alsberg sprechen"

Samstag abend Schluß dieser Veranstaltung.

Nutzen Sie diese Kaufgelegenheit noch in vollem Umfang aus.

GEBRÜDER **Alsberg**
LÜDENSCHEID

Weihnachtsbäume
zu kaufen gesucht.
Kaiser, Deckinghausen.
Telefon 164.

Für die Schlachtzeit
empfehle
Ia. getrocknete Kranzdärme per Meter 10 Pfg.
1/4 Pfd. Ia. weißen Pfeffer 35 Pfg.
sowie sämtliche Gewürze, Körnergrütze, Buchweizenmehl.
Aug Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Puppenstuben-Tapeten
schöne, neue Muster empfiehlt billig
Drogerie
Carl Baukloh,
Kierspe-Bhf.

Rasiergarnituren
Rasierapparate
Rasiermesser
Rasierklingen
Haarschneidemaschinen
empfiehlt:
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen, insbesondere Herrn Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus für die trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Geschwister Clever
Familie Rich. Knapp

Pelzwaren

jeder modernen Form, Farbe und Fellart zu zeitgemäß niedrigen Preisen bei reichhaltiger Auswahl und sorgsamer Beratung empfiehlt

Umänderung gut schnell u. billig!

Kürschnermeister
Oskar Becker
Lüdenscheid.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. (1. Advent) Sonntag, d. 27. Nov. 10 Uhr Gottesdienst, Pastor Pastor Schmalenbach Schalksmühle. 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst. Dienstag abend 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abends 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst Freitag abd. 7,30 Uhr Orchester, 8,45 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Samstag 4 Uhr Jungschar (Knaben). 8,30 Uhr Bibelbesprechung und Gebetsstunde. Sonntag, 4,30 Uhr Bibelstunde. 8 Uhr Jünglingsverein fällt aus. 8 Uhr Frauen- und Jungfrauenverein, Adventfeier. Montag 8 Uhr Jünglingsverein, Turnen. 8,30 Uhr Jungfrauenchor Mittwoch 3,30 Uhr Jungschar (Mädchen), 8,30 Uhr Jünglingsverein, Bibelbesprechung. Donnerstag 4 Uhr Missions-Handarbeitsstunde Freitag 8 30 Uhr Männerchor. Samstag, 4 Uhr Jungschar, (Knaben). 8 Uhr Jünglingsverein, (Adventfeier).

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag 9,45 Uhr Erbauungsschule. 1,30 Uhr Sonntagsschule, 4 Uhr: Bibelstunde, (Evangelist Schmalenbach). Abends 8 Uhr Lichtbildervortrag „Helden des Glaubens" (W. Schmalenbach Velbert). Montags abends 8,30 Jungmänner-Bibelkreis. Dienstag abends 8,30 Uhr Gem. Chor Mittwoch nachm. 4 Uhr Frauenmissionsstunde, Donnerstag abends 8,30 Uhr. Bibelstunde. (Prediger Schirp) Samstag abends 8,30 Uhr Männerchor.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag den 27. November, (1. Advent) 8 Uhr Frühmesse, 10,15 Uhr Hochamt mit Predigt (Zyklus), 2,30 Uhr Andacht.

Blaukreuzverein Halver. Sonntag d. 27. Nov nachm. 3 Uhr Bibelstunde. Donnersrag d. 24. Nov abds. 8,30 Uhr Bibelbesprechung.

Ev. Gemeinde Brügge. (1. Advent) Sonntag 10 Uhr Gottesdienst, 11,15 Uhr Kindergottesdienst 3,30 Uhr Bibelstunde in Altenlüdenscheid. 5 Uhr Ev. Verein im Konfirmandensaal. Dienstag 8,30 Kirchenchor. Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde im Konfirmandensaal, 8 Uhr Posaunenchor. Donnerstag und Freitag 3—6 Uhr Kirchensteuerhebetermin im Konfirmandensaale.

Ev. Gemeinde Schalksmühle (1. Advent) Sonntag 10 Uhr Gottesdienst, (P. Stommel). 11,15 Kindergottesdienst. 3 Uhr Jungschar. 5,30 Uhr Blaukreuzstunde. 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. Montag 8 Uhr Posaunenchor. Dienstag 8,30 Uhr Jungmädchenverein. Mittwoch 8,30 Uhr Bibelstunde. Donnerstag 8,30 Uhr Jugendbund für E. C. Freitag 9 Uhr Männerchor. Samstag 8,30 Uhr Gemischter Chor.

Ev. Gemeinde Breckerfeld. Sonntag, 27. November (1. Advent). 10 Uhr Gottesdienst, Missionar Borch 11,15 Uhr Kindergottesdienst, 3,30 Uhr Kirchliche Gemeinschaft, 5 Uhr Jungmännerverein. Dienstag 8,30 Uhr Jungmännerverein (Bibelabend). Mittwoch 8,30 Helferkreis des Kindergottesdienstes Donnerstag 8,30 Uhr Jungmädchenverein, Weggenossenkreis. Samstag 3,30 Uhr Jungschar des Jungmännervereins, 4 Uhr Jungschar des Jungmädchenvereins 8 Uhr Posaunenchor.

Central
Lüdenscheid.

Ein unvergeßliches Erlebnis
Karin Hardt
Theodor Loos
in
Erste Mädchenliebe
(8 Mädels im Boot)
Der Film von Liebesfreud u. Liebesleid.

Das langerwartete Ereignis
Marlene Dietrich
in dem sensationellen Abenteuer-Tonfilm
Schanghaiexpreß
mit
Anna Mey-Wong
Elive Brook
Regie J. v. Sternberg.
Der Schöpfer von „Blaue Engel".

Beginn: Werktags 4 Uhr
„ Sonntag 2 Uhr

Capitol
Lüdenscheid

Das hervorragende Lustspiel-Doppelprogramm
Ein Liebesspiel voll Heiterkeit u. Sonne
Zwei glückliche Tage
mit der prominenten Besetzung:
Claire Rommer, Paul Hörbiger, Senta Söneland, Hugo Fischer-Köppe

Alles lacht vor Vergnügen über
Pat une Patachon
in
Knall und Fall
Eine ganz tolle Angelegenheit.

Sonntag 2 Uhr
Gr. Jugendvorstellung
Pat u Patachon.